

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

65 (13.8.1848)



Karlsruher Beobachter.

Nr. 65.

Sonntag den 13. August

1848.

Zur Abwendung eines neuen Schlag- ges für Karlsruhe.

Es ist keine Frage, daß unsere Stadt Karlsruhe durch die Ereignisse der letzten Monate unerseßliche Verluste schon erlitten hat und daß ihrer nächsten Zukunft schwere Ausfälle in den seither fließenden Quellen der Existenz bevorstehen. Gleichwohl haben Karlsruh's Bürger die neue Zeit mit einstimmigem Jubel begrüßt, sie haben, dem ganzen Lande vorangehend, keinerlei Opfer gescheut, die die Erriingung der Freiheit und ihre Erhaltung, d. i. die Ordnung, gefordert haben, und sie denken auch jetzt nicht daran, trotz der schmachlichsten Verläumdungen und Verkennungen, nur einen Fuß breit von dem nachzugeben, was bisher ihre freie Ueberzeugung und Bestrebung war, um dadurch etwa mehr materiellen Vortheil zu erlangen oder auch dem Haß der Parteien sich weniger auszusetzen. — Aber es ist genug damit geschehen, seinen Vortheil hintanzusehen seiner Ueberzeugung! Wo wir Beide wahren können, ohne Eines zu verletzen, da ist dieß von der heiligsten Pflicht der Selbsterhaltung geboten.

Wir verlieren und müssen verlieren durch die großartige Veränderung der Dinge in unserm weiten und engeren Vaterlande:

Durch die gemeinsame äußere Vertretung Deutschlands: unsere hiesigen Gesandtschaften fremder Staaten;

durch die Beschränkung der inneren Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Länder: die seitherige Wichtigkeit der landständischen Kammern und damit sehr bedeutende materielle Vortheile;

durch die Umgestaltung der Militärverhältnisse: einen Theil unserer Garnison;

durch die neue Verwaltungsorganisation: unsere Kreisregierung und einen Theil der Verwaltungsbeamten.

Der Nachtheile, die wir erleiden durch die Beschränkungen des fürstlichen Hofhaltes, wollen wir nicht erwähnen; sie sind aus mehrererlei Gründen schmerzlich; wir wollen bloß noch das bemerken, daß Eines auf das Andere wirkt und die ganze Reihe der Folgen ein sehr trübes Bild unserer Zukunft bereitet.

Durch die neue Verfassung des Gerichtswesens, droht unserer Stadt ein neuer großer Schlag: Schon vor mehreren Jahren war beschloffen worden, statt nach Karlsruhe, nach Durlach das Bezirksstrafgericht für unsere Umgebung zu verlegen; ein neuer Gesetzesentwurf über die bürgerliche Rechtspflege entzieht nun unserer Stadt auch das Gericht über die bürgerlichen Prozesse — nur Bagatellsachen bis zu 200 fl. verbleiben einem hiesigen Filialamte! — und überträgt sie dem mit dem Durlacher Strafgericht zu verbindenden Civilamtsgerichte. — Das Gesetz, das unsere Bürgerschaft in so unna-

türliche, drückende Verhältnisse bringt, das die ganze Einwohnerchaft einer großen Residenzstadt zwingt, bei jedem erheblichen Streite über Mein und Dein eine Stunde weit zum Richter zu laufen, statt diesen Richter eines bedeutenden Bezirkes dahin zu setzen, wo der Mittelpunkt des Verkehrs und der Sammelplatz der Landleute ist, also hierher nach Karlsruhe, dieses Gesetz soll demnächst der Kammer vorgelegt werden. Wir müssen hier Schritte um Berücksichtigung unserer Interessen thun! Wir glauben, von der Regierung verlangen zu können, daß sie unsere Anliegen ebenso sorgsam erwäge als die anderer Städte und Landestheile — aus keinem anderen Grunde, als weil dieß ihre Pflicht ist! Wir glauben, daß in der Kammer ein ehemals bestandenes Vorurtheil gegen Karlsruhe's Bürgerschaft kein Grund mehr sein werde, Karlsruhe's Interessen tödtlich zu verletzen. Wir haben uns einerseits und andererseits gleichmäßig als aufrichtige Freunde der Ordnung und der Freiheit bewährt durch die That! Zudem ist das, was wir heute verlangen, der natürliche Wunsch des ganzen, uns umgebenden Landbezirkes. Es stellt sich daher als dringend nothwendig heraus, unverzüglich eine Versammlung anzuberaumen, um die Regierung zu veranlassen, ihren Entwurf wie billig zu verändern und in einer für uns günstigeren Gestalt schon der Kammer vorzulegen, damit nicht bei dieser durch die Regierungsvorlage für uns ein Präjudiz entstehe. Wir ersuchen zu dem Ende sämmtliche hiesige Einwohner in dieser hochwichtigen Sache alle Thätigkeit aufzubieten und vorerst in einer nächsten Montag den 14. d. M., wie wir hören, zu haltenden Versammlung — zur Besprechung und Unterzeichnung einer Adresse an die Vorstände der Ministerien des Innern und der Justiz — sich einzufinden.

Wir erlauben uns, in der Kürze einige Vorschläge, die in der Versammlung gemacht werden sollen, hier anzudeuten. Da nämlich, wie man hört, noch drei weitere Bezirke zu der bis jetzt bestimmten Zahl der neuen Gerichtsbezirke hinzukommen sollen, so ließe sich eine Vereinbarung der verschiedenen Interessen auf folgender Grundlage finden. Es wäre der, in seiner gegenwärtigen Form sehr ausgedehnte Gerichtsbezirk Durlach in folgende zwei Bezirke zu vertheilen:

- 1) Bruchsal, bestehend aus den Aemtern Bruchsal, Philippsburg, Eppingen, Bretten, Pforzheim, und
- 2) Karlsruhe mit Stadt- und Landamt Karlsruhe, Ettlingen und Durlach.

Die nach dem neuen Geschwornengesetze vierteljährlich (in Mannheim, Bruchsal, Freiburg und Konstanz) stattfindenden Assisen würden dann, statt für den Mittelrheinkreis in Bruchsal, in Durlach für denselben stattfinden und zu diesem Behufe die dortigen Strafgerichtsgebäude und Gefängnisse zu benutzen sein. In Bruchsal sind zudem schon Gerichtsgebäude, und ebenso auch in Karlsruhe, so daß an einen bedeutenden

Mehraufwand nirgends zu denken wäre und auf die angegebene Weise die verschiedenen Interessen billig und gerecht vertheilt wären.

Aus der Zeit.

— **Karlsruhe, 12. August.** Sicherem Vernehmen nach werden die nach Schleswig-Holstein bestimmten Bataillone des 2. und 4. Regiments am 14. d. M. in der Umgegend von Karlsruhe Quartiere beziehen, um mit den übrigen Bataillonen vor dem Abmarsch vor Sr. K. Hoheit dem Großherzog die Musterrung zu passiren. — Das von Freiburg kommende Bataillon des 2. Regiments ist bereits heute Mittag mit klingendem Spiel hier durch in die naheliegenden Standquartiere marschirt. (K. Z.)

— **Manheim, 9. August.** Gestern Morgen wurde Ernst Essenhans, Redakteur der in Heidelberg erscheinenden Republik, dahier verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Diese seit längerer Zeit in Heidelberg herausgegebene Zeitung hat vor wenigen Tagen aufgehört zu erscheinen, weil die Kaution, welche bisher für dieselbe geleistet worden, zurückgezogen wurde.

— **Frankfurt, 10. August.** Der Wiederholung der tumultuarischen Ausstritte in der Paulskirche vorzubeugen, oder sie doch nöthigenfalls handgreiflich zu unterdrücken, wurden die Gallerien diesen Morgen noch vor Eröffnung der Sitzung durch Mannschaften von der Schutzwache, jedoch ohne Waffen, besetzt. Hinsichtlich dieser Plätze selber steht eine neue Einrichtung bevor, womit bereits der Anfang gemacht worden ist, indem ein Theil derselben zu BureauLOCALen, woran es in der Paulskirche gänzlich fehlt, benutzt werden soll, wodurch der Zuhörerraum, zu dessen Beschreitung keine Einlaßkarten erforderlich sind, schon von heute an um die Hälfte verkleinert wurde. Diese neuen Einrichtungen brachten während der heutigen Sitzungstunden zwar einige Zusammenrottungen auf dem Paulskirchenplatze zu Wege, jedoch genügten die getroffenen Anstalten, um ernstlichen Ordnungsstörungen in wie außerhalb der Kirche vorzubeugen. (M. Z.)

— **Frankfurt, 10. Aug.** Zu Anfang der heutigen Sitzung der Reichsversammlung verlas der Präsident eine Zuschrift des Reichsverwesers in welcher die definitive Ernennung des Reichsministeriums mitgeteilt wird (s. u.). Hierauf betrat der Ministerpräsident Fürst v. Leiningen die Rednerbühne, um der Versammlung die Versicherung zu geben, daß das Reichsministerium vor Allem bedacht sein werde, dem Befehl über die Centralgewalt Geltung zu verschaffen, und die Freiheit und Einheit, den Ruhm und die Ehre Deutschlands zu wahren. Er reahne bei seiner schwierigen Aufgabe auf die Unterstützung der National-Versammlung. Er für seine Person bringe zwar wenig Talente und Kräfte, aber ein deutsches Herz mit. (Beifall). Sodann wurde ein von vielen Mitgliedern der Linken unterzeichneter Antrag in Bezug auf das Verfahren des Vicepräsidenten v. Soiron während den beiden letzten Sitzungen an den Ausschuss für Geschäftsordnung verwiesen, und sodann über die Wahl Hecker's im Bezirk Thiengen berathen. Hierüber sprachen die Abgg. Wiedemann, v. Isstein, Plathner, Wiesner, Simpson von Königsberg, Vogt und zuletzt nochmals Wiedemann als Referent. Der Ausschussantrag, „die Wahl Hecker's für ungültig und unwirksam zu erklären“ wurde mit 350 gegen 116 Stimmen zum Beschluß erhoben.

— **Frankfurt, 10. August.** Infolge einer, heute an die Nationalversammlung gelangten, Botschaft des Reichsverwesers sind für das Reichsministerium folgende Ernennungen erfolgt:

Fürst Leiningen Präsident des Reichsministerraths; Duckwig Handelsminister, Mevissen und Gallati Unterstaatssekretäre; Beckerath Finanzminister, Rathy Unterstaatssekretär; Hecker Minister des Auswärtigen, M. v. Sager und v. Biegeleben Unterstaatssekretäre; Robert v. Mohl Justizminister; Wiedemann Unterstaatssekretär; v. Schmerling Minister des Innern; Basfermann und v. Würth Unterstaatssekretäre.

— **Frankfurt, 11. August.** In der heutigen 59. Sitzung beschloß die verfassunggebende Reichsversammlung, daß ihrem Präsidenten ein Gehalt von 2000 fl. monatlich, vom Tage der stattgefundenen Wahl an, auszuzahlen sei, und es dem Präsidenten nicht zustehen soll, auf diesen Gehalt zu verzichten. An der Tagesordnung war die Berathung über den Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses, Separatverhandlungen deutscher Staaten mit Dänemark und die Entschädigung für die Wegnahme deutscher Schiffe betreffend.

— **Stuttgart, 11. August.** Heute reisen der Hr. Hauptmann Kales und der Ingenieur Hr. Wild von hier ab, um für den Transport der Truppen von allen Waffengattungen zuerst am Rhein und alsdann auf den preussischen und hannoverschen Eisenbahnen die nöthigen Vorkehrungen zu treffen. Sobald hierüber das Erforderliche geordnet ist, wird der Tag des Auszuges definitiv festgesetzt.

— **Berlin, 8. Aug.** Heute fand eine große Parade der Bürgerwehr statt, welche in der neu verbürgten Einigung aller deutschen Stämme ihren erfreulichen Anlaß gefunden hat. Nachdem die Nationalversammlung in ihrer heutigen Morgensitzung beschloßen hatte, der Feierlichkeit beizuwohnen, versammelten sich die Mitglieder derselben, so wie alle Staatsminister, die Mitglieder der Magistrats und der Stadtverordneten in dem Gouvernementsgebäude und begaben sich von dort im feierlichen Zuge nach dem freien Platz vor der Universität, wo die Corps der Bürgerwehr ein Viereck formirt hatten, in dessen Mitte sich alle Fahnen und Standarten, mit den preussischen und deutschen Landesfarben geschmückt, befanden. Der Major Kimpler leitete hier ein dreimaliges Hurrah und einen militärischen Gruß durch eine kurze Ansprache ein. Der ganze Zug, das Staatsministerium und die Mitglieder der Nationalversammlung an der Spitze, stellte sich sodann längs des königlichen Schlosses im Lustgarten auf, wo der solenne Vorbeimarsch aller zur Bürgerwehr gehörigen Corps stattfand. Dieser Vorbeimarsch dauerte 1½ Stunden, was für die große Zahl der Theilnehmer und für den Anklang den besten Maßstab liefert, den die Feierlichkeit unter den Mitgliedern der Bürgerwehr selbst gefunden hatte.

— **Aus Rheinpreußen.** In Köln ist der 6. Aug. ohne allen militärischen Glanz und Klang ganz still vorübergegangen. Preußens Regierung hat sich mit dem Reichsverweser und dem Reichskriegsministerium dahin verständigt, daß die Parade und das feiernde Hurrah auf seine unmittelbar zu Bundeszwecken beorderten Truppen sich beschränken und in Betreff des übrigen preussischen Heeres der Armeebefehl vom 30. Juli d. J. für genügenden Erfolg gelten solle. — In Düsseldorf wurde der 6. August als deutsches Einheitsfest, namentlich was äußeres Gepränge betrifft, vielleicht großartiger begangen, als irgendwo. Aber jeder Bewohner von Düsseldorf, sagt die dortige Zeitung Soldat und Bürger, erkannte auch die Wichtigkeit des Tages ein gleicher Geist von Freude, Geselligkeit, Freiheit besetzte die Massen. — Von ähnlichen Feierlichkeiten und Festjubiläum zu Ehren des 6. August und des deutschen Reichsverwesers wird aus Neuss berichtet. — Auch die alte Kaiserstadt Aachen hat am 6. Aug. die deutsche Einheit mit Festgeldern, Kanonendonner, feierlichem Hochamt u. s. w. begrüßt. — Dagegen ist in Koblenz der 6.

August ohne alle Huldigung für den Reichsverweser, überhaupt ohne alle militärische Feier vorübergegangen. Dennoch lebt man in der festen Zuversicht, daß Preußen die verlangte Huldigung nachträglich noch leisten wird.

— Koblenz, 8. August. Am heutigen Mittage ist von der Militärbehörde der Befehl ausgegeben worden, daß während der bevorstehenden Vorbeirise Sr. k. k. Hoh. des Erzherzogs-Reichsverwesers an hiesiger Stadt nach Köln nicht nur die schweren Besätze auf der Feste Ehrenbreitstein salutiren, sondern auch, daß sich die Truppen in Parade am Rheine aufstellen und denselben mit Gewehrsalven begrüßen sollen.

— Posen, 5. August. Gestern ist hier der erste Cholerafall durch den Regimentsarzt Dr. Ordelin den Behörden offiziell angezeigt worden.

— Hannover, 7. Aug. Die heute Nachmittags stattgefundene Volksversammlung vereinigte sich auf Antrag des Dr. Hoyns zu einer Adresse an die Regierung, in welcher die unverzügliche Huldigung des Militärs und die schleunigste Beseitigung aller Konflikte mit der Reichsgewalt gefordert wird.

— Kassel, 9. August. Sicherm Vernehmen nach erfolgt morgen früh der Abmarsch der nach Frankfurt und dem Badischen bestimmten kurheffischen Truppen-Abtheilung, bestehend aus den ersten Bataillonen der 4 Infanterie-Regimenter in Kriegsstärke, von hier also das 1. Bat. Leibgarde und das 1. Bat. des ersten Linien-Infanterie-Regiments Kurfürst. Das Kommando führt der Generalmajor v. Specht.

— Aus Schleswig-Holstein vom 6. August. Die konstituierende Versammlung für Schleswig-Holstein ist heute durch ein Patent der provisorischen Regierung auf den 15. nach Kiel berufen worden. — Heute ist der Durchzug nassauischer Truppen in Altona angekündigt. Wrangel wird ohne Zweifel seinen Feldzug in Jütland eröffnen, sobald die von der Centralgewalt ausgeschriebenen Verstärkungen eingetroffen sind, um die Küsten zu bedecken.

— Altona, 9. Aug. Heute sind wieder deutsche Reichstruppen, die nach Norden weiter gehen, hier eingetroffen. Die Nassauer und Badener, die zum 11., 12. und 13. hier angekündigt sind, werden hier einquartirt werden, bis dahin, daß das 9. Armeecorps in Jütland einrückt.

— Flensburg, 7. August. Nach den lebhaften militärischen Bewegungen, wie solche in diesen Tagen hier stattfinden, zu schließen, wird jetzt besonders dafür gesorgt, daß die Ostküste der Herzogthümer, in ihrer ganzen Länge, eine Schutzwehr bekomme. Daß es unverzüglich nach Ankunft der zu erwartenden Armeeverstärkung in Jütland hineingeht, ist eben so gewiß, wie die Unterbringung einer größeren Truppenzahl, als augenblicklich schon da steht, eine Unmöglichkeit seyn würde.

— Wien, 7. Aug. Seit drei Tagen ist hier einer Schilderhebung der Republikaner, die durch vereinzelt Versuche auch bereits angekündigt und durch falsche beängstigende Gerüchte aller Art, wie z. B. der Sperrung der Donau von Oberösterreich her durch die „reaktionäre Partei“, vorbereitet werde, mit Besorgniß entgegengesehen worden. Aber es herrscht die vollkommenste Ruhe, und die Stimmung der Nationalgarde, an deren Gliedern dem Kriegsministerium je 60 Patronen zur Vertheilung gekommen sind, gewährt alle Bürgschaft gegen weitere anarchische Bewegungen der Art. — Wir hatten gestern und heute wieder militärische Feste von verschiedener Bedeutung. Das erste, der nunmehrigen Wiedergeburt von Deutschlands Einheit, die einen Wendepunkt mit der Ablegung der Kaiserkrone durch Franz I. am 6. August 1804 erfahren hatte, gewidmet, vereinigte fast sämtliche Nationalgardien mit dem hier garnisonirenden deut-

schen Militär bei klingendem Spiel auf dem Glacis, wobei dieses seine Fahnen, mit schwarz-roth-goldenen Bändern geschmückt, entfaltete, und der militärischen Ceremonie die kirchliche Weihe zu Theil wurde. Das Ganze schloß mit Lebehochrufen für den Erzherzog Johann (aber ohne Kanonendonner). Heute morgen versammelte sich das Militär zu einem Trauergottesdienste für unsere in Italien gefallenen Krieger, welche hehre Feier die Nationalgarde ihrerseits durch zahlreiches Erscheinen erwiderte. Erschütternd drangen die Gewehr- und Kanonensalven zur Ehre der Tapfern in die Gemüther aller Vaterlandsfreunde und waren zugleich das Grabsignal der schlimmen Hoffnungen Jener, die Oesterreichs Größe durch seine Zersplitterung zu vernichten meinten.

— Innsbruck, 8. Aug. Heute Vormittag 8 Uhr verließen Se. Maj. der Kaiser und die kaiserliche Familie, nachdem er ehever noch eine ungarische Deputation empfangen hatte, die Stadt Innsbruck, um nach Wien zurückzukehren.

— Pesth, 4. August. Die Deputirtenkammer hat gestern folgenden Beschluß mit Einstimmigkeit gefaßt: „Indem das Haus der Volksvertreter die Politik des Ministeriums gutheißt, welche dasselbe dem Frankfurter Parlament gegenüber eingehalten hat, erklärt es, daß es die Einigung des deutschen Volks mit der einer selbstständigen Nation würdigen Sympathie begrüßt; daß es mit dem deutschen Volk in der herzlichsten Freundschaft und in inniger Verbindung leben will, und daher vom Ministerium erwartet, daß dasselbe, die betretene Bahn verfolgend, das Bündniß mit dem vereinigten deutschen Volk dem erwünschten Ziele zuführen wird. Die Kammer erklärt endlich im Namen des ungarischen Volks, daß, wenn die Wiener österreichische Regierung mit der Frankfurter deutschen Centralgewalt in Bezug auf die Einheit in einen Krieg gerathen sollte, die erstere auf einen Bestand von Seite Ungarns nicht rechnen kann.“ (N. J.)

— Mailand, 6. Aug. Karl Albert hat capitulirt unter dem Vorwand, er habe nicht genug Munition zur Vertheidigung der Stadt. Man spricht von Nichts als Verrath und mag auch nicht ganz Unrecht haben. Sie können sich vorstellen, wie das Volk darüber erboht ist. Die Nationalgarde war gestern Abend noch wüthend, und wollte mit Gewalt sich vertheidigen; über Nacht sind die Hitzköpfe aber etwas kühler geworden; man hörte die ganze Nacht schiefen, und aus Nähe hat es Gewaltthatigkeiten unter den eigenen Leuten gegeben. Diesen Morgen ist alles ruhig, aber niedergeschlagen. Die Piemontesen sind mit ihrem König, welcher gestern Abend noch durch die Volkshäufen bedroht wurde, abgezogen. Alle öffentlichen Gebäude sind verlassen, die Fahnen eingezogen, die Kokarden von den Hüten; die Barrikaden werden mit aller Thätigkeit weggeräumt, und die Thore stehen offen zum Empfang unserer Gäste. Regierung ist gar keine mehr, aber wahrscheinlich wird schon heute die alte wieder neu eingesetzt. — 7. Aug. Radeky ist gestern Mittag mit 50,000 Mann und vieler Artillerie hier eingezogen. Sein Erstes war der Erlass einer Proklamation, worin er einstweilen das Civil- und Militär-gouvernement der hiesigen Provinzen übernommen. Mailand ist in Belagerungszustand erklärt. Fürst Schwarzenberg ist Militär-gouverneur der Stadt. Alle Läden sind geschlossen und man kann sich vorstellen, wie die Bevölkerung, von der man nichts auf den Straßen sieht, niedergeschlagen ist.

— Basel, 9. August. Die Bas. Hg. schreibt: „Wir können nur in hohem Grade bedauern, daß Tagelohnung und Vorort durch Ableugnen oder Beschönigen offenkundiger Thatsachen das wohl begründete Begehren des deutschen Bundes beseitigen zu können glauben. Das Verlegen der Flüchtlinge in das Innere des Landes (was die französische Republik bereitwillig verfügte) wäre eine Maßregel, welche keine Unmenschlichkeit mit sich führt,

und den Nachbarn die angemessene Bürgschaft gegen Beunruhigung gewährt hätte. Es handelt sich um das, was ein jeder Staat seinem Nachbar schuldig ist, und dessen Verweigerung zwar nicht Gefahren, aber doch Mißverhältnisse und Verlegenheiten mancher Art herbeiführen kann. Wir hätten gewünscht, die Schweiz hätte dem stammverwandten deutschen Volk bei dessen Bestreben, sich fest zu konstituiren, freundliche Hand geboten durch Berücksichtigung wohl begründeter Begehren und es nicht durch ungebührliche Rechtsverweigerung abgestoßen.

— Paris, 8. August. Die Gerüchte, es sei eine Expedition nach Ankona abgegangen, und General Lamoricière sei zum Oberbefehlshaber der Alpenarmee ernannt, werden heute vom National als grundlos bezeichnet. — Bei Cavaignac Kabinetsträthe über Kabinetsträthe! Der sardinische Gesandte, Marquis Brignole-Sale und der Marquis A. Ricci pflegen häufige Unterredungen mit ihm, um sich über die bewaffnete Vermittlung zu verständigen, deren Grundzüge zwischen England und Frankreich bereits festgestellt worden. Welcher Art diese Grundzüge sind, verschweigen noch die Debats. — Man liest heute zum ersten Male den Brief, den Marschall Bugeaud an einen Hochgestellten in Turin schrieb, der ihn ersucht hatte, sich an die Spitze der piemontesischen Armee zu stellen. Bugeaud dankt für das schmeichelhafte Vertrauen. — Die Gazette des Tribunaux veröffentlicht heute die Namensliste von 450 gestern in Havre eingeschifften Insurgenten. Die Reise geht wahrscheinlich nach Madagaskar. Außer Thomassin, dem Haupte des Banketts zu 25 Centimes, und einigen Andern, finden sich wenige bekannte Namen auf der Liste, dagegen 28 deutsche und 2 polnische Namen.

— Paris, 8. Aug. Es verbreitet sich das Gerücht, Oesterreich habe die englisch-französische Vermittlung abgelehnt; dasselbe habe erklärt, seinen lombardisch-venetianischen Besitzungen dieselben constitutionellen Einrichtungen, welche in den übrigen Theilen des Kaiserreiches bestehen, gewähren zu wollen; auch wolle es einwilligen, den Krieg nicht auch nach Piemont zu tragen, wenn der König Karl Albert eine Kriegsschädigung von 50 Mill. Lires entrichte.

— London, 7. Aug. Auf eine Anfrage Howard's über die italienische Frage in der heutigen Sitzung der Gemeinen gab Lord Palmerston folgende Antwort: „Die englische Regierung begreife vollkommen die Wichtigkeit, dem italienischen Krieg, wenn es möglich ist, ein Ziel zu setzen. Die französische Regierung theilt dieselbe Ansicht. Ich habe das Vertrauen, daß die beiden Regierungen eine Vermittlung zwischen Sardinien und Oesterreich werden herbeiführen können.“ — Das wichtigste Ereigniß ist die Verhaftung Smith O'Briens. Samstag den 5., Abends um 7½ Uhr, betrat er die Eisenbahnstation in Thurles, um ein Billet nach Limerick zu lösen. Einer der Wächter erkannte ihn, legte ihm die Hand auf die Schulter und sagte: „Ihr seid O'Brien, Ihr seid der Königin Gefangener.“ O'Brien antwortete nicht, der Wächter schickte nach der Polizei, welche im Augenblick anlangte. Sofort wurde ein Zug in Bewegung gesetzt und O'Brien nach Dublin gebracht. Man brachte ihn in's Kilmainhamgefängniß, wo er erschöpft bald in Schlaf fiel.

Verschiedenes.

— Zur Erklärung der Pariser Juni-Insurrection. Die beklagenswerthe und gräueldolle Pariser Insurrection vom 23. — 26. Juni d. J. hängt in ihrer Idee mit der Schreckens-

herrschaft von 1793 und mit der in diesem Jahre vom Nationalkonvent diktierten Verfassung genau zusammen, wie auch wohl die gerichtliche Untersuchung näher ergeben wird. Die Demagogen, die sich der Leitung der Volksclubs bemächtigt hatten und die sich der sogenannten Nationalwerkstätten als bequemer Centralpunkte der Aufregung bedienten, hörten seit dem 25. Februar nicht auf, die „Erklärung der Menschenrechte“, welche der Verfassung von 1793 als Einleitung vorangeht, als das Evangelium der Revolution anzupreisen — ein Evangelium, das, wohl zu merken, nur von den Rechten, nicht aber auch von den Pflichten des Menschen spricht; ein Evangelium, in welchem dagegen die Insurrection „als eine der heiligsten und unerlässlichen Pflichten des Volkes“ erklärt wird, zwar mit der Einschränkung auf den Fall „daß die Regierung die Rechte des Volkes verlegt“, aber Rechte, mit denen keine andere Pflichten, als die der Insurrection, verbunden sind, müssen nur allzu leicht sich verletzt fühlen. Auch der Socialismus pflegt nur dem Staate Pflichten, dem Einzelnen oder dem sogenannten Arbeiter dagegen nur Rechte zu vindiciren, und das ist es hauptsächlich, was seine Probleme so unlösbar macht. In ähnlicher Weise, wie die heutigen Socialisten, sagt auch bereits die „Erklärung der Menschenrechte“ (S. 21): „Die öffentlichen Unterstützungen sind eine heilige Schuld: die Gesellschaft hat für die Subsistenz ihrer unglücklichen Mitbürger zu sorgen, entweder indem sie ihnen Arbeit verschafft, oder indem sie denjenigen, die zu arbeiten außer Stande sind, die Existenzmittel sichert.“ — Auf das Evangelium von 1793 stützten sich die Mitglieder der Nationalwerkstätten, als sie auf ihr Recht, d. h. auf einen hohen Tagelohn, bestanden, ohne dabei ihre Pflicht erfüllen zu wollen, d. h. so lange zu arbeiten, wie ein pflichttreuer Mensch arbeitet, oder da zu arbeiten, wo der Staat ihre Arbeiten verwerthen konnte. Bemerkenswerth ist übrigens, daß das Evangelium von 1793 dem französischen Volke vom Konvent am 24. Juni offenbart worden war, so daß, wenn die Insurrection von 1848 am Tage nach ihrem Ausbruche, wie es berechnet war, geglückt wäre, dieser Triumph genau mit dem Tage (St. Johannis) übereingestimmt hätte, an welchem vor 55 Jahren das revolutionärste Glaubensbekenntniß der französischen Revolution zuerst verkündet wurde. Was aber der Konvent selbst nicht in's Leben zu setzen wagte — denn auf den Bericht von St. Just suspendirte er die Constitution von 1793 bis zum Abschluß des Friedens und bewahrte er sich die Diktatur, statt die von der Verfassung verlangte Herrschaft der Menge einzuführen — das hätten die Kämpfer der Junibarrikaden gethan, wenn sie gestagt hätten, und die „Erklärung der Menschenrechte“ wäre dann als Evangelium für das ganze Land verkündet worden. Auch Babeuf berief sich auf dieses Evangelium, als er im J. 1796 die große Verschwörung anstiftete, „um die Befreiung des Volkes zu bewirken“, „um die Reichen den Armen zu überliefern“ und „alle Unreinen zu proscibiren.“ Diese Verschwörung, die eben so furchtbar durch die Anzahl ihrer Affilirten war (man zählte über 17,000 Verschworene), als durch den Fanatismus ihrer Leiter, welche keinen Anstand nahmen, auch die Verbrecher in den Bagnos als Mitverbündete zur Vernichtung der Gesellschaft zu betrachten, war zu jener Zeit in Frankreich die letzte Anstrengung der Masse, sich der Fügung der Regierung zu bemächtigen. Babeuf wurde von Mitverschwornen verrathen und in dem Augenblicke festgenommen, als sein furchtbares Unternehmen zur Ausführung kommen sollte. Die Regierung beeilte sich, seinen Plan bekannt zu machen, der den allgemeinsten Schrecken und einen verdoppelten Abscheu gegen die Männer von 1793 erregte; ja, man kann wohl sagen, daß Babeuf im J. 1796 nicht wenig dazu beigetragen, das französische Volk mit der Idee der Diktatur zu befreunden und so der Herrschaft Napoleon's den Weg zu bahnen.